

Bremerhaven, 30.01.2025

Antrag - Nr. StVV - AT 2/2025 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.03.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

**Fairtrade Stadt Bremerhaven auf städtischen Veranstaltungen präsentieren
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)**

Das Ziel von Fairtrade ist es, dass Menschen in ärmeren Ländern beim Verkauf ihrer Waren einen fairen Anteil am Gewinn erhalten und unter guten Bedingungen arbeiten. Damit ist der faire Handel ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Armut weltweit. Diese Zielsetzung kann die Stadt Bremerhaven auch kommunal unterstützen, indem sie fair gehandelte Waren und die Präsentation der damit verbundenen Ziele auf öffentlichen Veranstaltungen in Bremerhaven stärker fördert.

Die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven hat bereits 2013 beschlossen, Bremerhaven als Fairtrade Stadt zertifizieren zu lassen. Um diese Zertifizierung zu erreichen, mussten bestimmte Kriterien erfüllt werden. Dazu gehört unter anderem, dass in vielen öffentlichen Bereichen, wie z. B. Schulen, Fairtrade-Produkte angeboten werden und über Aktivitäten zum Thema Fairtrade Stadt berichtet wird.

Inzwischen haben sich viele Städte im Unterweserraum zu einer Fairtrade Region zusammengeschlossen. Damit gewinnt das Thema weiter an Bedeutung und sollte mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit in Bremerhaven gerückt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat dazu auf:

1. dafür Sorge zu tragen, dass die Thematik des fairen Handels und damit verbundene Aktivitäten auf jedem Neujahrsempfang der Stadt Bremerhaven präsentiert werden,
2. in Zusammenarbeit mit der Steuerungsgruppe Fairtrade im Nord-Süd-Forum ein Konzept für die Präsentation des Fairtrade-Gedankens in Bremerhaven zu erarbeiten. Hierbei soll auch festgelegt werden, welche wiederkehrenden Veranstaltungen in Bremerhaven für die Präsentation des fairen Handels geeignet wären.
3. Ein Konzept, wie der faire Handel in Bremerhaven auf öffentlichen Veranstaltungen präsentiert werden soll, dem Bau- und Umweltausschuss bis Ende September 2025 vorzulegen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

Petra Coordes und
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P